

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Uwe Pinno

Lokalpolitiker exekutiert

Athahar Ali, Präsident der *Fakirhat Upsala Union* und Vorsitzender der *Babirdia Union Parishad* (Bagerhat Distrikt), wurde am 9. Juni von einer Gruppe unbekannter Motorradfahrer vor seinem Haus erschossen.

Gegen elf Uhr morgens trafen die Täter vor dem Haus ein und baten den 60-jährigen, zu einer Diskussion über die Entwicklung der *Babirdia Union* vor die Tür zu kommen. Hier feuerten die Mörder mehrfach auf den Kopf des Opfers und entkamen anschließend unerkannt. Die Tageszeitung *The Daily Star* vermutet, u. a. gestützt auf Interviews mit der Frau des Politikers, daß es sich bei den Tätern um radikale Mitglieder der *Purbo Communist Party* handele.

Während der großangelegten Militäraktion *Clean Heart* (Südasiens berichtete) hatte Athahar Ali Hinweise geliefert, die zur Festnahme bewaffneter Anhänger der *Purbo Communist Party* geführt hatten. Einer der Hauptkritikpunkte an der Aktion *Clean Heart* war die Konzeptlosigkeit, wie die öffentliche Ordnung nach der Aktion dauerhaft hergestellt werden sollte.

Umgesetzt wurde schließlich jedoch nur die Aufstellung einer neuen Antiterrorereinheit, ohne ursächliche Probleme wie Korruption und Verquickung von Patronage und Kriminalität anzugehen. Auch die Rückschritte durch die Großaktion im angestrebten Trennungsprozeß zwischen Justiz und Exekutive sind noch nicht vollständig überwunden. Derweil nimmt die Kriminalität in Bangladesh wieder zu.

Wieder Slum abgebrannt

Am 6. Juni zerstörte ein Großbrand im Slumgebiet Babupura (nahe Nilkhet, Dhaka) über 300 Hütten der Slumbewohner. Über 1.000 Menschen, die zu den Armen Dhakas zählen, verloren ihre Unterkunft. Während offizielle Sprecher der Feuerwehr als Ursache einen defekten Kerosinkocher im Zentrum des Slums angaben, berichteten die Slumbewohner von Brandstiftung.

Eine *Gang*, die Mitglieder sowohl im zuständigen Polizeipräsidium als auch in der *Babupura Slum Welfare Organization* haben soll, habe schon lange ein Auge auf das günstig gelegene und in Staatseigentum befindliche Gebiet geworfen, um die Ausweitung eines Supermarktkomplexes zu ermöglichen, hieß es. Diese *Gang* habe bereits früher benachbarte Slumgebiete durch Brandstiftung zerstört und so den illegalen Bau des *Gausul Azam* Supermarktkomplexes ermöglicht.

Der für das Gebiet zuständige Polizeipräsident Motahar Hossain Jahangir erklärte der lokalen Presse ebenfalls, daß es sich bei dem Großbrand um einen Unfall gehandelt habe. Aber - so der Polizeichef weiter - er habe kein Mitleid mit den Bewohnern, sei dieses Gebiet doch ein Zentrum von Kriminellen und Drogenabhängigen gewesen. Jetzt, nach der Zerstörung, könne hingegen der Raum sinnvoll genutzt werden, beispielsweise durch die Errichtung eines Gemeindezentrums oder -7 den Ausbau des *Gausul Azam* Supermarktes.

Hoffnung für die Bihari

Einer internationalen Nachrichtenagentur zufolge haben in Bangladesh zehn Bihari für sich das Wahlrecht erstreiten können. Nachdem die Aufnahme in eine Wählerliste von der Wahlkommission abgelehnt worden war, folgte der Oberste Gerichtshof im Mai diesen Jahres dem Antrag der Bihari.

Die Bihari, meist schiitische Muslime, die bei der Gründung Pakistans aus Bihar nach Ostpakistan gekommen waren, hatten sich im Befreiungskrieg auf die Seite der äußerst brutal vorgehenden pakistanischen Armee und der radikalen Islamisten gestellt. Nach dem Ende des Krieges verweigerte Pakistan jedoch die Aufnahme der um Einbürgerung ersuchenden Flüchtlinge. Seitdem leben die heute rund 325.000 Menschen zählende Minderheit in Lagern am Rande der Gesellschaft. Doch nach mehr als 30 Jahren ist eine neue Generation von Bihari herangewachsen, die ihr Ziel weniger in Pakistan suchen, das sie nie gesehen haben und dessen Sprachen sie nicht beherrschen, als in ihrer Anerkennung innerhalb Bangladeshs. Das erkämpfte Wahlrecht macht neue Hoffnung für eine längst überfällige Integration in die Gesellschaft des Landes.

Proteste und Anerkennungen in der Wirtschaftspolitik

Der Auftakt der Haushaltsdebatte im Juni diesen Jahres war wiederum begleitet von Protesten und Generalstreiks seitens der Oppositionspartei Awami League (AL). Drei Reformen der Regierungskoalition standen dabei im Vordergrund der Kritik: Zum einen die Ankündigung, die Diäten der Abgeordneten zu erhöhen, während die Gehälter für Lehrer, Polizisten und andere Personen im öffentlichen Dienst nicht erhöht werden sollten; zum anderen eine sehr emotional ausgetragene Kampagne um die ursprünglich geplante Reduzierung der Alkoholimportsteuer. Mit dieser Diskussion und der Beschuldigung, die Regierung handle unislamisch, versuchte die Opposition Sympathisanten auf Seiten des politisch-islamischen Flügels zu gewinnen, die eher der Regierungskoalition nahestehen. Verabschiedet wurde der Haushalt ohne Veränderung der Alkoholimportsteuer von weiterhin 350 Prozent, die auch nach der geplanten Reduzierung weit höher gewesen wäre, als unter der vorherigen AL-Regierung. Ebenso konnte die Erhöhung der Zölle für Salz und Zucker nicht durchgesetzt werden.

Der dritte Kritikpunkt betraf allgemein die Reformen im Steuersystem. Steuererhöhungen auf bevorzugte Konsumgüter des Mittelstandes wurden stark kritisiert, da auch direkte Auswirkungen auf Güter des täglichen Bedarfs befürchtet wurden. Die Opposition bezeichnete den Haushaltsentwurf als „unmenschlich“, „undemokratisch“ und „gegen die Armen des Landes gerichtet“.

Demgegenüber lobten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank den entwicklungspolitisch orientierten Wirtschaftskurs der Regierung, der die Schwerpunkte im Agrar-, Energie- und Gesundheitssektor fortsetze.

Am 20. Juni beschloß der IWF ein auf drei Jahre ausgelegtes Hilfsprogramm in Höhe von 500 Millionen US-Dollar für die Armutsbekämpfung in Bangladesh. Die Weltbank hatte zuvor bereits einen zinslosen Kredit in Höhe von 536 Millionen US-Dollar für insgesamt vier Entwicklungsprojekte bewilligt. Shigemitsu Sugisaki (IWF) lobte gegenüber der BBC das umsichtige makroökonomische Management der Regierung. Finanzminister Saifur Rahman versprach, den derzeitigen Kurs fortzusetzen und die Reformen im Banksystem sowie bei der Privatisierung und der Liberalisierung im Handelssektor voranzutreiben.

Ohne Bestechung: Telefonanschluß nach 27 Jahren

Ein 60jähriger Bangladeshi, der sich strikt geweigert hatte, Bestechungsgelder zu bezahlen, hat nun endlich den Telefonanschluß erhalten, den er 1976 beantragt hatte. Bengalische Zeitungen berichteten ausführlich über die späte Freude von Mohammed Ismail, der so lange gegenüber der Korruption standhaft blieb. Zwar mußte er 1991 und 1998 insgesamt 90 Dollar an die staatliche Telefongesellschaft zahlen, damit sein Antrag weiter behandelt würde, doch ließ er sich nicht davon verleiten, die üblichen „Beschleunigungsgelder“ zu zahlen. Offiziell entschuldigte sich die Telefongesellschaft mit dem Geschenk eines Telefons, von dem jetzt wohl eher die Kinder und Enkel profitieren werden. Für einen einfachen Telefonanschluß mit mehrmonatiger Wartezeit werden in Bangladesh zwischen 25.000 und 30.000 Taka (etwa 550 Euro) Schmiergeld erwartet. Etwas billiger sind die vielerorts üblichen privaten Telefonanlagen, bei denen sich eine Vielzahl von Kunden Telefonleitungen teilen. Auf den Land ist oftmals das *Grameenphone* - das nicht unumstrittene Mobiltelefonprojekt der *Grameenbank* - die einzige Alternative.

Kritischer Anstieg der jährlichen Überschwemmung

Obwohl bereits ein Drittel des Landes unter Wasser steht, ist vermutlich die Spitze der diesjährigen Überschwemmung noch nicht erreicht. Besonders die nördlichen Regionen Bangladeshs sind bereits von überdurchschnittlichen Überschwemmungen betroffen. Insgesamt starben 60 Menschen direkt oder indirekt durch die Fluten und 100.000 wurden obdachlos. Noch ist das Problem nicht flächendeckend, doch mangelt es schon jetzt in den betroffenen Gebieten an Nahrung und Medikamenten. Die Regierung setzte Anfang Juli die Streitkräfte zur Katastrophenhilfe in Alarmbereitschaft.

David gegen Goliath

Am 19. Mai entschied das Oberste Gericht, daß die von der Regierung gegebene Zustimmung zum Bau privater Hafenterminals durch die *Stevedoring Services America* (SSA) illegal gewesen sei. Das Projekt wurde erstmals unter heftigen Protesten 1998 von der damaligen Awami League-Regierung genehmigt. Unter öffentlichem Druck kam es jedoch wiederholt zu Verzögerungen. Bangladeshisches Arbeiter befürchten die Unterwanderung gewerkschaftlicher Tarifabsprachen und den Anfang einer Lohndumpingspirale gegenüber den ohnehin geringen Löhnen. Proteste und Streiks hatten die jetzige Regierung dazu genötigt, abermals eine Kommission zur Überprüfung des umstrittenen Vorhabens einzusetzen. Abschließend hatte die Regierung das Projekt jedoch bewilligt und der vorgeschlagenen Pacht für 99 Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit um weitere 99 Jahre) zugestimmt. Auffällig waren auch Korruptionsvorwürfe in Millionenhöhe gegen die amerikanischen Firmen, die wahrscheinlich sind, aber nie bewiesen werden konnten (SÜDASIEN berichtete).

Die US-Botschafterin in Bangladesh äußerte sich zuletzt bezüglich des Hafenterminalprojektes, daß von dessen Genehmigung alle zukünftigen Investitionen seitens der USA in Bangladesh abhängen würden.

Kürzlich entschied das Oberste Gericht in Bangladesh jedoch, daß die unter enormem außenpolitischen Druck erfolgte positive Bewilligung aufgrund von bewußt gefälschten Angaben getroffen worden sei. Weiterhin sei der gesamte Prozeß bei der Vergabe nicht transparent gewesen. Eventuelle Konkurrenten seien nicht beachtet, Kostenkalkulationen nicht erstellt worden. Auch habe ein detailliertes Durchführungskonzept mit der Analyse möglicher Auswirkungen auf die Volkswirtschaft gefehlt. Die Richter betonten abschließend, daß die Entscheidung nicht im Interesse des Landes getroffen worden sei. Die betroffenen US-Firmen kündigten Schadensersatzforderungen für bereits getätigte Investitionen in Höhe eines dreistelligen Millionen-Dollar-Betrages an. Die USA galten bisher als der größte Investor im Land. Die Wirtschaft Bangladeshs ist zu großen Teilen von dem ungleichen Wirtschaftspartner abhängig.